

BürgerInnenbrief **Mitte**

14. Juni 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Zukunftspakete +++ Leerstand +++ Schulkampf +++ Erinnerungskultur +++ Münzviertel +++ Kulturtipp +++

Sehen so Zukunftspakete aus?



Welche schrägen Sparpakete der Bürgermeister im Einzelnen verkündet, wird sich zeigen

Das Krisenkarussell in Berlin und in Hamburg beschert uns nicht nur neue Köpfe in der Politik, sondern auch fantasievolle Bezeichnungen für drastische Rotstiftoperationen. Nehmen wir als Beispiel Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag: »In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde großer Respekt vor diesem Sparpaket geäußert, das im Kern ein Zukunftspaket ist. Wir müssen die Staatsverschuldung reduzieren und den Haushalt konsolidieren, denn hohe Staatsschulden verbauen die Zukunft unseres Landes. Das Zukunftspaket ist ambitioniert, und wir können der Bundesregierung nur gratulieren, dass sie es geschafft hat, zum ersten Mal seit Jahrzehnten einen Paradigmenwechsel verbind-

lich zu beschließen: Die Staatsausgaben steigen nicht weiter, sondern werden zurückgeführt.«

Ein Zukunftspaket sieht anders aus. Hinter der Logik massiver Streichungen ist kein Bild von Zukunft erkennbar. Gleiche Operation in der Hamburger Politik. Seit dem 14.6. berät der schwarz-grüne Senat über die größte Haushaltskürzung in der Hamburger Geschichte. Um 556 Millionen Euro pro Jahr sollen die Ausgaben reduziert werden. Weder bei Finanzsenator Frigge noch bei den anderen Regierungspolitikern ist eine Vorstellung vom künftigen Leben erkennbar: »Was wir dringend brauchen, ist eine ernsthafte Aufgabenkritik. Die Verwaltung muss sich hinterfragen. Leisten wir uns den Luxus,

viele Dinge auf eine Art zu tun, wie es schon immer getan wurde? Geht es nicht effizienter? Wir dürfen der Verwaltung nicht immer mehr Aufgaben auferlegen, sondern müssen den gegenteiligen Weg gehen und uns fragen: Welche Aufgaben kann der Staat noch wahrnehmen? Welche muss er nicht unbedingt wahrnehmen?»

Immer wieder wird die Vorstellung strapaziert, wir lebten über unsere Verhältnisse – im Luxus. Dabei ist nicht zu bestreiten, dass in den letzten Jahren viel zu wenig in Schulen, Universitäten, Sportplätze, aber auch die sonstigen Bereiche der sozial-kulturellen Infrastruktur investiert wurde. Die großen Schattenhaushalte sollten gerade den langjährigen Investitionsrückstau beseitigen. Eine Diskussion, welche Aufgaben ein Gemeinwesen bewältigen soll und wie dafür sozial gerecht die notwendigen Finanzen beschafft werden können, findet nicht mehr statt. Und selbst der Finanzsenator räumt ein: Die enormen Steuerausfälle haben System. Die Summe ist nur zum Teil konjunkturbedingt, rund 600 Millionen Euro pro Jahr sind auf eine veränderte Gesetzgebung des Bundes zurückzuführen, die fehlen Hamburg also strukturell.

Dies ist das alte neoliberale Credo, und eine Vorstellung vom guten Leben und Arbeiten in den Städten ist nicht mehr vorhanden. Zu Recht hat der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger den Verlust der Gestaltung der Zukunft angegriffen: »Eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft ist die Rolle des Staates. Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wird für Deutschland als eine Dekade der Entstaatlichung in die Geschichtsbücher eingehen. Zum einen wurden die finanziellen Ressourcen des Staates massiv reduziert und damit seine Möglichkeiten, die Zukunft aktiv zu gestalten. Zum anderen wurden dem Zentralstaat wichtige Kompetenzen entzogen. Über den gesamten Zeitraum von 1999 bis 2011 beträgt der Ressourcenzug 6,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts, was einem absoluten Betrag von 170 Mrd. Euro entspricht (auf der Basis der Werte des Bruttoinlandsprodukts von 2008). Schon jetzt ist zu erkennen, dass sich die Entstaatlichung zulasten der Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bildung und Infrastruktur auswirkt. Sie führt zudem zu einer wachsenden sozialen Ungleichheit und einer Erosion des Wohlfahrtsstaates. Da dieser bisher als wichtigste Klammer für das Staatsempfinden der Bürger dient, gefährdet die Entstaatlichung auch die politische Stabilität des Landes.«

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das mit einem Volumen von 80 Mrd. Euro bis 2014 historisch größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Der »einmalige Kraftakt«, von dem Bundeskanzlerin Merkel sprach, ist allerdings auch historisch einmalig in seiner einseitigen Belastung für die Lohnabhängigen und auf Sozialleistungen angewiesenen Menschen in dieser Republik.

Besonders perfide dabei ist, dass durch die Umwandlung von Pflicht- in Ermessungsleistungen die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit in die Rolle von SparkommissarInnen gedrängt werden. Und bei der Abschaffung des Zuschusses in die Rentenversicherung handelt es sich um nichts anderes als die aus der Vergangenheit sattem bekannte Po-

litik der Verschiebebahnhöfe, bei der in die Rentenkasse ein riesiges Loch gerissen wird, um den Schein eines ausgeglichenen Staatshaushalts zu produzieren.

Bei vielen anderen Konsolidierungsmaßnahmen handelt es sich um reine Wunsch- bzw. Luftbuchungen. Handfest sind einzig die Einsparungen im Verwaltungsbereich, wo bis 2014 insgesamt 10.000 Stellen wegfallen sollen und Einschnitte bei den Einkommen der Beschäftigten geplant sind. Der Effekt: Der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten wird massiv steigen und der Eindruck von ineffektiver Staatsverwaltung weiter verstärkt. Eine weitere Folge wird sein, dass der Lobbyismus durch Externe etwa bei der Ausarbeitung von Gesetzen oder der Flut von Gutachten in Legislative und Exekutive noch stärker zur Geltung kommen wird. Wofür braucht man da noch eigenes Personal?



Luftbuchungen

Zu den Luftbuchungen gehört nicht zufällig die »Beteiligung der Unternehmen« am Sparpaket. So beschränkt sich die Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Wirtschaftskrise auf lächerliche sechs Mrd. Euro bis 2014 – und die ist nicht einmal sicher, weil Finanzmarkttransaktionssteuer etc. noch völlig in den Sternen stehen. Der »steuerliche Ausgleich der Kernenergiewirtschaft« (9,2 Mrd. Euro) unterstellt die von Schwarz-Gelb betriebene (gesellschaftlich nicht erwünschte) Verlängerung der Laufzeiten der AKW's, die allerdings erst noch die gesetzlichen Hürden überspringen muss. Und auch die »Bahndividende« (zwei Mrd. Euro) muss erst noch erwirtschaftet werden – eigentlich braucht die Bahn das Geld dringend für Investitionen ins marode Netz.

Die dramatische soziale Schieflage der ganzen Sparoperation ist derart offensichtlich, dass selbst innerhalb des bürgerlichen Lagers schon deutlicher Protest laut geworden ist. Und der volkswirtschaftliche Flurschaden ist beträchtlich, weil die Sparerei bei Beschäftigten und vor allem den SozialleistungsempfängerInnen direkt die private Nachfrage be-



Der Rotstift wird die Schwächsten am härtesten treffen.

schädigt und das erhoffte bescheidene Wirtschaftswachstum weiter bremst.

Vor allem aber ist in der von Schwarz-Gelb aufgelegten Sparoperation keine Konzeption zu erkennen, die aus der anhaltenden Krisenkonstellation herausführt. Bis heute fehlt jede Regulierung der Finanzmärkte und kreist der gigantische Berg von Eigentumstiteln über den Volkswirtschaften der großen kapitalistischen Länder und verhindert ihren effektiven Umbau.

In Hamburg nimmt der Übergang zu einer Ära des Rotstiftes fast komische Züge an. Der Finanzsenator habe – so heißt es – nach der Mai-Steuerschätzung einen schonungslosen Kassensturz gemacht und die mittelfristige Finanzplanung noch einmal überprüft. Ergebnis: Hamburg habe »jahrelang über seine Verhältnisse gelebt«. Das Prinzip Hoffnung dürfe nicht länger Grundlage des politischen Handelns sein. Es wäre besser gewesen, die sprudelnden Steuereinnahmen der Jahre 2006 bis 2008 zu sparen, statt sie auszugeben.

Die Freie und Hansestadt Hamburg stehe vor gigantischen Problemen: In den nächsten Jahren fehlen gut 500 Mio. Die Zeit der kreativen Bilanzierung – von Wolfgang Peiner und Michael Freytag zur Perfektion gebracht – soll nun endgültig vorbei sein, verspricht jetzt auch der Bürgermeister. Am 16. Juni will er eine Regierungserklärung abgeben. Das neue Motto: »Die Akzeptanz zum Sparen vom Bürger bekommen wir nur, wenn wir die volle Wahrheit sagen.«

In der Tat: Der Wechsel von einer kreativen Bilanzpolitik zu einer realistischen Ausgabengestaltung wird nur dann den massiven Vertrauensverlust überbrücken können, wenn

- endlich die ganze Wahrheit auf den Tisch kommt,
- die Kürzungen dem Problem der sozialen Polarisierung von Armut und Reichtum in dieser Stadt Rechnung tragen.

Der Grund für das gigantische Haushaltsloch und der Anstieg der Neuverschuldung ist der dramatische Rückgang der Steuereinnahmen um 6 Mrd. Euro. Woher rühren diese Mindereinnahmen?

- Einerseits – das will Schwarz-Grün gerne vergessen machen – aus den permanenten Steuersenkungsgesetzen der letzten Jahre,
- andererseits aus den Folgen der großen Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007.

Um diese Ausfälle zu kompensieren, nimmt Hamburg über den Konjunkturstabilisierungsfonds 5,7 Mrd. Euro Kredite auf. Gleichzeitig sollen 2011 bis 2013 die Rücklagen der Stadt in Höhe von 1,7 Mrd. Euro verbraucht und städtisches Vermögen in Höhe von 400 Mio. Euro versilbert werden. Seit Anfang der 1990er Jahren wurden städtische Unternehmen und Grundstücke im Wert von etwa acht Mrd. Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern herangezogen.

Der frühere Finanzsenator und langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der HSH Nordbank Peiner suchte die kreative Bilanzierung mit dem Argument zu verteidigen: »Zu meiner Zeit war es Politik des Senats, aus altem Vermögen neues zu schaffen. Vermögensgegenstände der Stadt wurden veräußert, um Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.« Dies stimmt nur sehr begrenzt. Denn Steuersenkungspolitik und Vermögensmobilisierung haben nicht zu einer strukturellen Verbesserung des Wirtschaftspotenzials Hamburg und einer entsprechende Ausweitung der Steuerbasis geführt.

Nachdem das Vermögen weitgehend aufgebraucht ist und die Schulden ins Uferlose steigen, stellt sich die Frage, wie die schwarz-grüne Koalition aus den Zahlungsverpflichtungen der diversen Leuchtturmprojekte herauskommen will, wie ein guter Standard der öffentlichen Dienstleistungen gehalten und weiterentwickelt werden soll. Mit einer radikalen

Ausgabenkürzung und damit einem Verzicht auf öffentliche Aufgaben werden sie dies nicht erreichen. Mehr noch: Sie ersetzen eine Fehloperationen durch eine andere. Die Fraktion DIE LINKE hat immer die »kreative Bilanzierung« kritisiert, zugleich aber betont: »Der Versuch, den Mindereinnahmen mit kurzfristigen Ausgabenkürzungen zu begegnen, wäre (...) vor allem konjunkturell ein gravierender Fehler«. Dies wäre das beste Mittel, den konjunkturellen Einbruch zu vertiefen. Hamburg muss daher dem Versuch des radikalen Zusammenkürzens widerstehen und bei einer radikalen Überprüfung aller laufenden und geplanten Projekte weiterhin bestimmte öffentliche Aufgaben wie Bildung und Kultur, Sport und Museen, ausweiten sowie im Rahmen gezielter Konjunkturprogramme für eine Stärkung des Wirtschaftspotenzials der Region sorgen. Ein radikaler Versuch, die Kreditaufnahme in kürzest möglicher Zeit auf Null zu bringen, schafft neue Probleme und löst die bestehenden nur teilweise.

Die Vorstellung, man könne sich mit drastischen Gebührenerhöhungen, Beschneidungen der Leistungen für die BürgerInnen und Personalabbau bzw. Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten aus der Krise herauskatapultieren, ist illusionär. Erreicht wird so nur eine Beschädigung der Hamburger Wirtschaft u.a. mit der Folge weiter sinkender Steuereinnahmen. Außerdem wird durch ein solches Vorgehen der Vertrauensverlust gegenüber der Politik eher verstärkt.

DIE LINKE fordert statt konzeptionsloser Sparpolitik neue Prioritäten bei den Ausgaben. Dazu gehört im ersten Schritt die Überprüfung aller Investitionsvorhaben, insbesondere der für Leuchtturmprojekte. Durch Umschichtung lassen sich Mittel freisetzen für strukturpolitische Maßnahmen, um die Hamburger Wirtschaft in Richtung einer solidarischen Dienstleistungsökonomie umzubauen. Durch einen solchen Umbau werden die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt, was wiederum zu steigenden Steuereinnahmen führt.

Kurzfristig kann Hamburg seine Einnahmesituation durch eine deutliche Effektivierung des Steuervollzugs verbessern. Ein Ausweg aus der strukturellen Defizitsituation und damit aus der Schuldenfalle unterstellt allerdings eine drastische Veränderung der Steuergesetzgebung auf Bundesebene. Ein gutes Angebot von öffentlichen Dienstleistungen zu akzeptablen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen unterstellt eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation für die Kommunen und die Bundesländer.

Wenn der Senat wirklich die Konsequenz aus der fatalen Steuersenkungspolitik der letzten Jahrzehnte ziehen wollte, dann müsste er sich in Berlin für einen Kurswechsel einsetzen. Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten die Einnahmen der Stadt jährlich um eine Mrd. Euro verbessert werden.

Wohnungsleerstand



Wie sieht es aktuell mit dem Wohnungsleerstand in Hamburg aus? Im letzten Jahr hat die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE das Augenmerk auf die wachsende Kluft zwischen dem vorhandenen Wohnungsbestand einerseits und dem seit langem anhaltenden mangelnden Neubau vor allem von Sozialwohnungen gerichtet. In diesem Zusammenhang geriet insbesondere die SAGA GWG in die Kritik.

Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen hat seinen Bestand an Sozialwohnungen von 1990 bis Ende 2009 mehr als halbiert - von 107.000 auf 46.629. Die daraus resultierenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt liegen auf der Hand: immer weniger bezahlbare Wohnungen, Mietpreis-

sprünge, lange Schlangen bei günstigen Vermietungsangeboten usw.

Gleichzeitig wird in der Stadt ganz unverblümt davon gesprochen, dass etwa eine Million Quadratmeter Büroraum leer stehen, teilweise seit langem. Und dennoch gehen z.B. die derzeitigen Planungen für die HafenCity davon aus, dass hier in Zukunft Wohnungen für 15.000 Menschen entstehen sollen, dagegen aber Büroraum für 45.000 Arbeitsplätze. Dieses Missverhältnis wird den Büroüberhang noch weiter verstärken und zugleich den Mangel vor allem an günstigen Wohnungen keinesfalls beseitigen. Gerade in der HafenCity - und zukünftig auf dem (ehemaligen) Altonaer Bahnhofsgelände

- wäre eine ganz andere Prioritätensetzung vonnöten. Doch die muss offenbar erst noch gegen den Senat und die federführende Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgesetzt werden.

Ich möchte den wohnungspolitischen Fokus um den Aspekt des Wohnungsleerstands erweitern. »Eigentum verpflichtet«, heißt es im Grundgesetz, und dies verbietet es sicherlich auch, vorhandene Kapazitäten bzw. notwendigen Wohnraum brach liegen zu lassen! Ich erinnere mich noch an die Zeit, als Bürgerinitiativen Sturm gegen Leerstände liefen - meist in Vorbereitung von geplanten Abbrüchen, um lukrativere, mithin teurere Wohnungen zu schaffen. Und ich erinnere mich auch daran, dass es einmal eine Hausbesetzerszene gab, die sich das Recht nahm, Wohnraum nicht verkommen zu lassen, sondern gleich in die eigenen Hände zu nehmen.

Dem »Marktbericht Hamburg 2005«, herausgegeben von der »Real Estate Appraisal & Consulting«, entnehme ich, dass »die Wohnungsüberhänge aus den Jahren intensiver Bauaktivität mittlerweile absorbiert« seien. In dieser knapp fünf Jahre alten Studie wird das »im Wesentlichen fluktuationsbedingte Niveau« des Leerstandes mit »unter 2%« angegeben. Bei rund 900.000 Wohnungen würde das bedeuten, dass damals bis zu 18.000 leer gestanden hätten.

Doch ich bezweifle nicht nur die - womöglich zu gering angesetzte - Zahl, sondern auch, dass es sich alleine um Auswirkungen der Fluktuation, also des kurzzeitigen Leerstandes nach Auszug der Vorgängerpartei handelt. So gehe ich regelmäßig in der »Koppel« an einem dreistöckigen Gebäude vorbei, das seit vielen Jahren leer steht. Aus dem Stadtteil wird mir berichtet, dass hier früher einmal Menschen untergebracht waren, zuletzt offenbar Flüchtlinge bzw. Asylsuchende. Was anderes als ein Wohnhaus also war das? Und warum steht dieses Gebäude seit mindestens einem Jahr-

zehnt leer? Von BewohnerInnen anderer Quartiere höre ich, dass auch bei ihnen Leerstände zu verzeichnen sind, manchmal über viele Monate, ab und an sogar über Jahre.

Mit einer kürzlich eingereichten Schriftlichen Kleinen Anfrage an den Senat hoffe ich, nunmehr Licht in die Angelegenheit zu bringen. Ich möchte sehr genau wissen, wie viele Wohnungen in den sieben Bezirken leer stehen und wie lange. Und ich möchte auch darüber informiert werden, was die Behörden eigentlich tun, wenn sie im Einzelfall von länger anhaltenden Leerständen erfahren.

Nicht zuletzt interessiert mich, in welcher Weise und Größenordnung das »Hamburgische Enteignungsgesetz« auf anhaltende Wohnungsleerstände Anwendung findet. Bisher kam dieses Gesetz meines Wissens immer dann in Betracht, wenn die Stadt Zwangsentlegungen vornehmen wollte, um Flächen für Großprojekte zu bekommen - z.B. für die Erweiterung des Airbus-Geländes in Finkenwerder. Warum aber sollte sich der § 3, Absatz 1, Satz 1, dieses Gesetzes (»Die Enteignung ist im Einzelfall nur zulässig, wenn das Wohl der Allgemeinheit sie erfordert und der Enteignungszweck auf andere zumutbare Weise nicht erreicht werden kann«) nicht auch gegen diejenigen richten, die Wohnraum längere Zeit leer stehen lassen, obwohl der Bedarf danach immens ist? Beispielsweise gegenüber den Eigentümern des von mir seit längerem beobachteten Objekts in St. Georg?

Ein weiterer Skandal in diesem Zusammenhang ist der Komplex der Zweckentfremdung von Wohnraum. Ich gehe auch in diesem Fall davon aus, dass Wohnraum in erheblicher Dimension vorhanden wäre, würden die zuständigen Behörden nur etwas genauer hinsehen. Aber warten wir zunächst die Antworten des Senats auf meine Anfrage zum Wohnungsleerstand ab. Ich werde berichten - und ggf. auch in Sachen Zweckentfremdung aktiv werden.

Primarschule kommt!



Schulparade am 5.6.2010

Mittlerweile ist klar, dass die Volksabstimmung zur Primarschule eine gute Resonanz findet und an der mangelnden Beteiligung jedenfalls nicht scheitern wird. Rund 180.000

Wahlberechtigte haben bereits ihre Briefwahlunterlagen eingeschickt, und der eigentliche Wahltermin am 18. Juli ist noch einige Wochen hin.



Unechte Gegendemonstranten am 5.6.2010: Die Elite stellt klar!

Ich habe den Eindruck, dass sich die Stimmung in der Stadt zu ändern beginnt. Waren die Umfrageergebnisse noch vor einigen Wochen für die Einführung der Primarschule, also das gemeinsame Lernen in den ersten sechs Jahren, eher schlecht, bekommt man in vielen Stadtteilen inzwischen einen anderen Eindruck. Plakate, Infostände und Aufrufe etc. von BefürworterInnen der Schulreform allerorten signalisieren die wachsende Unterstützung für diese wichtige Reform.

Unterstrichen wird dieser Eindruck durch die erfolgreiche Schulverbesserer-Parade am 5. Juni. Rund 6.000 HamburgerInnen demonstrierten von der Moorweide zum Rathausmarkt, um deutlich zu machen, dass mehr Bildungsgerechtigkeit auf der Tagesordnung steht. Ansprechend waren nicht nur die geschmückten Wagen und Wägelchen, bunt war auch der lange Zug der TeilnehmerInnen, die oft mit selbst gestalteten Plakaten, Symbolen und kleinen Sketchen ihre Auffassung kundtaten.

Selbst der Erste Bürgermeister Ole v. Beust demonstrierte gleich nach seiner Rückkehr aus China zumindest zeitweise mit und verwies in einer kurzen Begrüßungsansprache auf der Moorweide darauf, dass man in China erfolgreich noch viel länger zusammen lernen würde. Der Theatermacher und ehemalige Präsident des FC St. Pauli, Corny Littmann, pries die Eurovision Contest-Siegerin Lena Meyer-Landrut als leuch-

tendes Beispiel für den Erfolg längeren gemeinsamen Lernens an, denn sie habe gerade ihr Abitur an einer Integrierten Gesamtschule bestanden, an der über einen noch längeren Zeitraum als sechs Jahre gemeinsam gelernt wurde... Auch DIE LINKE zeigte auf der Parade Flagge und präsentierte Argumente.

Die sind trotz des ermutigenden Stimmungsumschwungs in der Stadt dringend erforderlich. Noch ist die Auseinandersetzung nicht gewonnen. Es bedarf weiterer Aktivitäten und Argumente, damit in den kommenden Wochen an vielen Orten möglichst vielen Menschen deutlich gemacht werden kann, für die Schulverbesserer zu votieren. Gut eine Million Wahlberechtigte haben noch nicht abgestimmt!

Mehr als 200.000 Menschen ohne deutschen Pass haben keine Möglichkeit, an der Volksabstimmung am 18. Juli teilzunehmen, obwohl sie mit Sicherheit zu den am meisten von den Folgen Betroffenen zählen. Darauf wies die Vertreterin der Interkulturellen Elterninitiative hin. Um diesem politischen Missstand abzuhelpen, ruft die Initiative zur Teilnahme an einer Kundgebung am 3. Juli um 12 Uhr auf dem Rathausmarkt auf - sie wird zugleich eine »symbolische Abstimmung für die Primarschule« durchführen und das Ergebnis an den Wahlleiter übergeben.

Der nachfolgende Artikel von Michael Joho ist ein Teil eines längeren Beitrags zur linken Gedenk- und Erinnerungskultur in Hamburg, der den Umfang des BürgerInnenbriefes sprengen würde (er kann vollständig von der Website www.linksfraktion-hamburg.de heruntergeladen werden). Ich dokumentiere hier den einleitenden Absatz zum Thema Nati-

onalsozialismus und den allgemeinen Teil, während die »Beispiele für die Gedenkkultur in Sachen nationalsozialistische Terrorherrschaft und antifaschistischer Widerstand« und die »Schwerpunkte einer linken Gegen- und Gedenkkultur mit Blick auf die vergangenen zweieinhalb Jahrhunderte« im Netz nachzulesen sind.

Linke Gedenk- und Erinnerungskultur in Hamburg

von Michael Joho



Die Beauftragung des Historikers Marut Perle mit der Erarbeitung einer Studie zu Aspekten der Deportation der Hamburger Sinti und Roma 1940 durch die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE bildete den Anlass für nachfolgende Überlegungen. So hilfreich und wichtig Detailstudien zur hamburgischen Geschichte sind, so sehr stellt sich doch die Frage nach der Einbettung in einen größeren historisch-politischen Zusammenhang. Insofern nutze ich das von Marut Perle vorgelegte Werk als Ausgangspunkt, den vorläufigen Stand der Gedenk- und Erinnerungskultur in der Stadt zu bilanzieren und zugleich einige Akzente einer spezifisch linken Geschichtsperspektive zu setzen. (...) Ich würde mir wünschen, dass dieser erste Aufschlag in Form einiger Thesen Diskussionsstoff bietet und zur Schaffung geeigneter Gesprächszusammenhänge beiträgt.

Erstens: Das Thema Nationalsozialismus bedarf auf Grund seiner Dimensionen und Bedeutung und des in weiten Teilen der Gesellschaft durchaus verbreiteten antifaschistischen Konsenses (gemäß dem Schwur der Buchenwald-KZ-Häftlinge von 1945: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!«) einer besonderen Betrachtung. Letztlich ist die Auseinandersetzung mit dem Faschismus als einer der möglichen Formen bürgerlicher Herrschaft eine wesentliche Basis für die historische Standortbestimmung der Linken. Sie gibt politische Orientierung, ist Prüfstein für die eigene bündnispolitische Kompetenz und schärft die Wahrnehmung für inhumane und undemokratische Tendenzen in der bundesrepublikanischen Lebenswirklichkeit.

Zweitens: (...)

Drittens: Gedenkkultur im Allgemeinen meint alle Arten des Wachhaltens der Erinnerung an zurückliegende Etappen, Ereignisse und Personen, die aus Sicht der Zurückblickenden von historischer Aussagekraft oder auch von Bedeutung für die Interpretation der Gegenwart und Zukunft für bestimmte Gruppen oder die Gesellschaft sind.

Viertens: Insofern spiegeln sich in der Pflege der Gedenkkultur vor allem ökonomische und politische Kräfteverhältnisse wider. Spätestens seit der Schaffung des deutschen Kaiserreiches 1871 dominiert auch in der hamburgischen Gedenkkultur der Einfluss des Bürgertums, ablesbar z.B. am 1874 geschaffenen Museum für Kunst und Gewerbe oder auch den verschiedenen, meist gestifteten repräsentativen Brunnenanlagen aus dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts (wie z.B. dem 1878 enthüllten Hansabrunnen auf dem Hansaplatz in St. Georg), die zuvorderst den Reichtum und Vormachtanspruch der bürgerlichen Schichten, aber auch die Großartigkeit von Nation und Kaisertum verherrlichen sollten.

Fünftens: Dagegen hat sich die hamburgische Arbeiterbewegung kaum in Denkmälern niedergeschlagen, sieht man einmal von den zeitgenössischen baulichen Errungenschaften wie z.B. dem Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof von 1906 ab. Nicht zufällig erinnert in der Freien und Hansestadt Hamburg fast nichts an die Hungerrevolten der Hamburger Bevölkerung im Ersten Weltkrieg, an die rebellischen Soldaten und ArbeiterInnen der Novemberrevolution 1918 oder die KämpferInnen, die im Januar 1933 zum Generalstreik gegen Hitler antraten, nichts an die AntifaschistInnen der ersten Stunde und die auf Sozialisierung drängenden Antifa-Ausschüsse, die im Mai/Juni 1945 für einige Zeit in den Großbetrieben das Heft in der Hand hatten. Aufständische, gar mit realer Macht ausgestattet, waren und bleiben dem Bürgertum ein Graus. Wie schwierig es ist, die Traditionen, das Leben und die Kämpfe der Arbeiterbewegung zumindest auf musealer Ebene zu erfassen und zu bewahren, zeigt sich an den Auseinandersetzungen um die Schaffung (und gegenwärtig den Erhalt) des Museums der Arbeit in Barmbek, nicht zuletzt auch um die niemals nachhaltig geförderte Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Eppendorf.

Sechstens: Eine gewisse Sonderrolle nimmt naturgemäß der Ohlsdorfer Friedhof ein, finden sich hier doch verschiedenste Grabmale, Gräberfelder, Stelen usw., die einen Bezug zur Gedenkkultur haben. Mit Blick auf die »andere hamburgische Geschichte« seien hier nur das von Fritz Schumacher entworfene Denkmal für die Revolutionsgefallenen von 1918, die Ehrenhaine für die Hamburger WiderstandskämpferInnen und das Geschwister-Scholl-Ehrenfeld genannt. Doch Erinnerungen an wichtige Ereignisse und markante Persönlichkeiten sollten nicht nur auf Friedhöfen wach gehalten werden.

Siebtens: Und es geht nicht nur um die ArbeiterInnen. Die Gedenkkultur-Landschaft hat sich seit der Jugendrevolte

Ende der sechziger Jahre erheblich verbreitert. Mit den damaligen HochschulabsolventInnen kristallisierte sich nach und nach eine neue Generation von WissenschaftlerInnen und LehrerInnen heraus, die in den darauf folgenden Jahren einen historisch-politischen Paradigmenwechsel einleiteten. Nicht mehr nur die bürgerliche, konservative, nationalistische, anti-kommunistische, pro(to)faschistische Seite sollte die Interpretationsvorgaben für (z.T. noch frisch) Zurückliegendes liefern, vielmehr kamen ganz neue Perspektiven in der Forschung, Vermittlung und Präsentation hinzu: die Infragestellung von rassistischen, militaristischen und faschistischen Kontinuitäten in der deutschen Geschichte, antikoloniale und antiimperialistische Zugänge (von wegen, am deutschen Wesen sollte die Welt genesen), der große Bereich feministischer Sichtweisen, die Migrationsforschung, der Blick von unten und auf die Lebensverhältnisse der »einfachen Menschen« (die Grabe-wu-du-stehst-Bewegung, oral history), überhaupt die Protest- und Widerstandsforschung im weitesten Sinne. Im Ergebnis dieser beträchtlichen Ausweitung oder Durchbrechung herrschender Interpretationsmuster entstanden u.a. der von Gustav Heinemann inspirierte Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten (regelmäßig koordiniert von der Körber-Stiftung in Bergedorf), die bundesdeutsche Geschichtswerkstättenbewegung (die de facto in Hamburg bzw. St. Georg geboren wurde), das Museum der Arbeit in Barmbek, Lehrstühle für Frauenforschung und verschiedene Verlage, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und so manches mehr.

Achtens: Zelebrierte Gedenkkultur begegnet uns vor allem in Denkmälern (Statuen, Brunnen, Häusern, Steinen etc.), Gedenktafeln (u.a. gestiftet vonseiten der Kulturbehörde oder der Patriotischen Gesellschaft), Straßen- und Platznamen und natürlich in den einschlägigen Museen und sonstigen Einrichtungen, die der Aufarbeitung und Präsentation (z.B. in Form von Ausstellungen oder Rundgängen) von Aspekten der Vergangenheit verpflichtet sind. Die Palette dieser Einrichtungen reicht dabei vom großen Museum für Hamburgische Geschichte bis zu den kleinen Stadtteilarchiven in den verschiedenen Vierteln. Gesteuert und finanziert wird diese Ebene der Gedenkkultur überwiegend von staatlichen Einrichtungen wie dem Denkmalschutzamt und der Kulturbehörde. Doch findet sich hier auch verbreitet ehrenamtliches Engagement, das manches Ereignis, die eine oder andere Person oder einen bedeutsamen Ort dem Vergessen oder Ignorieren ent-rissen hat.

Neuntens: Daneben gibt es eine große Anzahl von Bereichen, die mit der Gedenkkultur in enger Beziehung stehen: die Geschichtswissenschaft (als Fachbereich angesiedelt an der Universität Hamburg), Bibliotheken und Archive (Staatsarchiv, Institutsarchive, Firmenarchive etc.), verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen und Institute (wie z.B. das Hamburger Institut für Sozialforschung), um Vermittlung bestimmter historisch-politischer Inhalte bemühte staatliche Stellen (z.B. die Schulbehörde und die Landeszentrale für politische Bildung), auf Geschichte und Hamburgensien ausgerichtete Au-

torInnen und Buchverlage (wie u.a. der zwischenzeitlich in Konkurs gegangene Christians-Verlag), darüber hinaus solche Berufszweige wie das Fremdenführer- und Rundgangswesen sowie die Museumspädagogik.

Zehntens: Linke Gedenk- und Erinnerungskultur ist Teil dieses Gesamtspektrums. Sie zielt vor allem darauf ab, mit dem Blick von unten, also aus der Perspektive der einfachen, ausgebeuteten, verfolgten und unterdrückten Menschen, bestimmte Haltungen, Ereignisse und Entwicklungen, verschiedenartige Bevölkerungsgruppen und deren Bewegungen sowie herausragende Persönlichkeiten in Erinnerung zu rufen bzw. zu bewahren. Im Mittelpunkt stehen dabei alle demokratischen, humanistischen, pazifistischen, gewerkschaftlichen, sozialistischen und feministischen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, Ausgrenzung und Verdrängung, Militarismus, Rassismus und Faschismus gerichteten Bewegungen sowie für Aufklärung, Gleichheit, Gleichberechtigung, Emanzipation, Würde und Toleranz eintretenden Initiativen und Menschen. Dies schließt auch die Auseinandersetzung mit antidemokratischen, insbesondere stalinistisch-autoritären Erscheinungen und Fehlentwicklungen ein, die als Erbe der linken Organisationsgeschichte kritisch reflektiert werden müssen.

Elfens: Darüber hinaus steht linke Gedenkkultur immer auch in der Pflicht bzw. vor der Herausforderung, über Herrschaftsstrukturen und -mechanismen aufzuklären, also z.B.

die Rolle der hamburgischen Handelshäuser und der Schifffahrt in der Kolonialära und bei der globalen, neoliberalen Durchdringung der gegenwärtigen Welt zu veranschaulichen. Ausbeutung und Unterdrückung, Armut und Ausgrenzung sind nicht immer offensichtlich, schon gar nicht deren Ursachen und Zusammenhänge. Dies zeigt sich beispielsweise am Internationalen Maritimen Museum (dem so genannten Tamm-Museum), das zwar mit einer großen Zahl interessanter Objekte aufwarten kann, die aber in wissenschaftlich völlig unzureichender und herrschaftstechnisch unzusammenhängender Weise präsentiert werden und bisweilen sogar einen Militarismus verherrlichenden Charakter offenbaren. Linke Gedenkkultur würde in diesem Falle bedeuten, für eine fundierte Neukonzeption einzutreten, die das Thema und die Objekte in einem wissenschaftlich einwandfreien und die Zusammenhänge und Herrschaftsaspekte verdeutlichenden Kontext aufbereitet.

Zwölftens: Dreh- und Angelpunkt jedweder Erinnerungs- und Gedenkkultur ist und bleibt jedoch die finanzielle Absicherung von unabhängiger Forschung und Präsentation. Hier stehen nicht nur die linken Kräfte vor einer permanenten Herausforderung, denn der Kultur-, allemal der Stadtteilkulturetat, steht in Zeiten krisenhafter Entwicklungen immer wieder an vorderster Stelle zur Disposition. Dies belegen auch die Konflikte um die auskömmliche Förderung der Hamburger Museen in den vergangenen Wochen. (...)

Das Münzviertel feiert sich selbst

Das Münzviertel, Hamburgs kleinster Stadtteil, feiert sich selbst, die Kunst und das Leben. Einmal im Jahr funktionieren die Bewohner von Münzplatz, Repsoldstraße und Rosenallee das Münzviertel zu einem Gesamtkunstwerk um – ein Ereignis, dem man sich nicht entziehen kann. Kunst, Musik und soziale Projekte machen die Straßen rund um die historische Münzburg zum öffentlichen Erlebnisraum. Das nicht-kommerzielle Münzviertel-Straßenfest bietet nicht schon wieder Currywurst, Karussell und Kommerz, sondern Tanzen auf der Straße, Haarschneiden mit und für Wohnungslose, Honig aus der Großstadt, Beats, die den Beton beben lassen, coole T-Shirts, mobile Forschung, Cocktails an der S-Bahn, Recyclingspielzeug für Kinder.

Am Samstag, dem 19.6., um 15 Uhr startet das Livemusik-Programm. Die Hamburger Jazz-Big-Band »Rocket No. 9« spielt aufregende Kompositionen von »Sun Ra«. Außerdem rocken die musikalischen Lokalgrößen »Mm Oh Ah« (Electro-Funk), »Elefantaman« (Rock/Blues/Jazz), »Notstandskomitee« (Electronic Post/Industrial Music), »Cut« und das »Krach Kisten Orchester« das Münzviertel. Auch andere Kunst wird reichlich geboten: Die Galerie Renate Kammer zeigt die Werkschau »80 mal Dieter Roth«. In der KuBaSt-Galerie präsentiert »xpon-art« die thematische Gruppenausstellung »fik.tiv«. Das Laden-Projekt »unlimited liability« von Michel Chevalier öffnet für



eine Sneak Preview. Unter dem Thema »alpha hanging« zeigt die EintagGalerie Münzstraße 10 eine kleine, aber feine Ausstellung. Im Kunstlabor vom Verein Kultur für alle e.V. laden »Punkte und Sterne« die Besucher ein.

Das Stadtteilstfest ist auch regelmäßig ein Forum für die vielen sozialen Einrichtungen vor Ort. Dazu gibt es ein Kinderprogramm, Kulinarisches aus aller Welt, Flohmarkt und Fußball. Also: Hingehen und mitmachen! Mehr Infos: www.muenzviertel.de

Kulturtipp: Elphi – die sieben Todsünden



Die Elbphilharmonie, Hamburg größtes und bei weitem teuerstes Leuchtturmprojekt, über das ich mehr oder minder regelmäßig im BürgerInnenbrief informieren muss, ist inzwischen auch in die Kulturgeschichte eingegangen. Nicht etwa wegen der durchaus umstrittenen Architektur des Rohbaus, sondern weil die Hamburger Kleinstkunstbühne Polittbüro sie zum Thema ihres neuen Stückes gemacht hat. Unter dem nicht ganz zutreffenden Titel **»Die 7 Todsünden treffen sich auf der Eröffnungsfier eines xbeliebigen Grossprojektes in einer nicht näher zu bezeichnenden Hansestadt«** liefern Karolin Eichhorn, Lisa Politt, Gunter Schmidt und Gustav Peter Wöhler (abwechselnd mit Ecco Meineke) Musik-Kabarett vom Feinsten.

Nicht ganz zutreffend, weil weder das Großprojekt beliebig bleibt, noch die Hansestadt nicht näher bezeichnet wird: Es handelt sich eindeutig um Hamburg und den kulturellen Leuchtturm dieser Stadt – die Elbphilharmonie mit allen Facetten. In Anlehnung an Brecht/Weills »Sieben Todsünden« werden in zehn Musikstücken die sieben Todsünden beim Bau dieses Renommierprojektes aufgespießt: Die Trägheit (»Ich krieg den Arsch nicht hoch« – herrlich Gustav Peter Wöhler als Herr Du Mont, der Referent des »Vorstands«), der Hochmut (Gunter Schmidt als Architekt, hoch & tief), die Völlerei (Bauchschmerzen wegen des Genuss der Häppchen von Lisa Politt als Grüne), die Wut (Gunter Schmid als Fensterputzer der teuren Verglasung), die Habsucht (Karoline Eichhorn als betrogene Beschenkte), der Neid (»Gut gucken« – Gunter Schmid und Lisa Politt als Sponsorenbeauftragte) und die

Wollust (»Meine Latte liegt so hoch« – Gustav Peter Wöhler als Zeitungskritiker).

Warum wird das Großprojekt nicht so früh fertig wie geplant, obwohl längst Weltstars engagiert und Verträge geschlossen sind? Wer soll den um das Dreifache gestiegenen Fertigstellungspreis eigentlich bezahlen und wie ist das mit der Wasserkühlung? Wer soll die Fenster putzen: Kann man Hartz-IV-Bezieher verpflichten? Erzeugen die Hamburger in Kriegszeiten überhaupt noch genug Nachwuchs für die geplanten Babykonzerte? Können die Fugenepartner und Stufenspender das Projekt vor'm endgültigen Aus retten? Hat Hoch-Tief alles schon vorher gewusst, und was kostet eigentlich so eine Wohnung mit Meerblick und Ausblick auf Abu Dhabi, ehem. Blohm & Voss? Und stimmt es, dass ein gewisser Herr Tamm zur Eröffnung mit seinem eigenen Zerstörer anlegt? Fragen über Fragen, die in einer mitunter schwer durchschaubaren Handlung aber alle beantwortet werden.

Die letzte Frage allerdings ist die wichtigste: Wenn die Elbphilharmonie-Konzerte die ganze Zeit schon ohne Elbphilharmonie stattfinden: Kann man dann nicht zum Wohle Aller gleich ganz darauf verzichten? Das Für und Wider wird im Schlussong »Die Elbphilharmonie« durchgegangen. Das Ergebnis ist eindeutig.

Musikalisch wird das Stück live begleitet von Ernst Bechert, Axel Hennies/Theo Janßen und Hans Schneidermann/Hendrik Lorenzen (von »Tuten und Blasen«). Eintritt: 20.00 Euro (ermäßigt 10.00), Karten unter 280 55 467, Aufführungstermine unter www.polittbuero.de

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**